

# Zwischen Tauwetter, Frühling und Frost – die DDR in den Monaten nach dem XX. Parteitag der KPdSU\*

Siegfried Prokop

Die Reihenfolge „Tauwetter, Frühling und Frost“ in der Überschrift wurde nicht zufällig so gewählt. In der Literatur finden wir bisher auch andere Reihungen. Jürgen Kuczynski titelte seinen Historikerstreit im Jahre 1956 mit „Frost nach dem Tauwetter“<sup>1</sup>, und Horst Schützler gab zu Beginn dieses Jahres einer Veranstaltung den Titel „Tauwetter ohne Frühling“.<sup>2</sup> Also Frost gleich nach dem Tauwetter und ohne einen Frühling, oder erst Frost nach dem Frühling? Mit anderen Worten: Gab es nach dem XX. Parteitag einen Reformkurs und Reformansätze nicht nur in theoretischen Erörterungen, sondern auch in der gesellschaftlichen Praxis, oder gab es diese nicht? Es kann wohl davon ausgegangen werden, daß es diese Ansätze sehr wohl gab, so bescheiden sie im einzelnen auch immer gewesen sein mögen. Diese Ansätze sind in der nachfolgenden Zeit im Geschichtsbild der DDR zu einem weißen Fleck gemacht worden. Sie finden auch in den Deutungen der Gegenwart keine hinreichende Würdigung, wenn sie unter dem Schlagwort „Entstalinisierungskrise“ subsumiert werden.<sup>3</sup> Daß es ein alternatives Denken im Jahre 1956 gab, paßt nicht so recht in vorhandene Klischees. Was 1956 wirklich geschah, muß durch Forschungen erst noch freigelegt werden.<sup>4</sup>

## *Parteireform und Reform des politischen Systems*

Die Zeit zwischen der 28. und 29. Tagung des ZK der SED, also die Zeit zwischen Juli und November 1956, sah Karl Schirdewan als eine Zeit an, in der die „Reformidee im Zentralkomitee Fuß gefaßt“<sup>5</sup> hatte. Auf der 28. Tagung des ZK lag allen Teilnehmern eine Analyse der in der SED mit der 3. Parteikonferenz (24.-30. März 1956) begonnenen Diskussionen vor. In diesem Papier finden sich Belege dafür, daß in der Parteimitgliedschaft auch die Reform der SED gefordert wurde und daß Ge-

---

\* Bearbeiteter Vortrag auf der VI. Rosa-Luxemburg-Konferenz „Linke Utopien – die Zukunft denken. Das Krisenjahr 1956“ in Leipzig am 24.3.2006.

1 Siehe Jürgen Kuczynski: Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit, Berlin 1993.

2 Siehe Troika. Informationsblatt der Berliner Freunde der Völker Rußlands e.V., Dezember 2005, S.8. – Siehe auch: Inge Kircheisen (Hrsg.): Tauwetter ohne Frühling. Das Jahr 1956 im Spiegel blockinterner Wandlungen und internationaler Krisen, Berlin 1995.

3 Siehe Jan Foitzik (Hrsg.): Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand, Paderborn u. a. 2001.

4 Ausführlich dazu Siegfried Prokop: 1956 – DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz, Berlin 2006.

5 Karl Schirdewan: Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik, Berlin 1994, S.112.

danken, die Rudolf Herrnstadt schon 1953 vorgetragen hatte,<sup>6</sup> wieder massiv geäußert wurden.

Dem Papier zufolge wurde an der Universität Halle die Ansicht vertreten, daß „die Partei von unten nach oben reorganisiert werden müsse, wobei für die Wahl des Politbüros eine Art Urabstimmung in der Partei“<sup>7</sup> erforderlich sei. Weiter hieß es in dieser Analyse, daß an der Fachschule in Görlitz gefordert wurde, vom demokratischen Zentralismus abzukommen. Alle Beschlüsse seien immer erst auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Auf der 29. Tagung des ZK verteidigte Kurt Hager im November 1956 das 8. (Reform-)Plenum der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP). Das Bild Polens dürfe nicht nur negativ gezeichnet werden. In Polen sei es gelungen, „durch die Beschlüsse des 8. Plenums die Gefahr der Isolierung vom Volk zu überwinden.“<sup>8</sup> Zugleich kritisierte er den Bürokratismus des ZK-Apparates der SED. Ein Hindernis für die Arbeit seien seine Größe und Verbürokratisierung: „Was den Apparat der Partei anbetrifft, so scheint es mir an der Zeit zu sein, daß wir wirklich ernsthaft überprüfen, zumindest, was das ZK anbetrifft, ob es richtig ist, daß es eine Kopie des Regierungsapparates darstellt. Schließlich besteht die Aufgabe des Parteiapparates nicht darin, zu regieren, sondern anzuleiten und zu kontrollieren.“<sup>9</sup>

Kurt Hagers Reformintentionen wurden von Alfred Neumann scharf attackiert. Hager möge etwas zu seiner persönlichen Verantwortung sagen, „wie du es verstehst, an deinem Frontabschnitt die Ordnung herzustellen.“<sup>10</sup> Die Studenten seien „an allen Kanten angeknabbert von der bürgerlichen Ideologie“.<sup>11</sup>

Karl Schirdewan hatte in seinem Bericht an die 29. ZK-Tagung zur Auswertung der Ereignisse in Ungarn aufgefordert. Zugleich hatte er für demokratische Verhältnisse in Partei und Gesellschaft plädiert. Zur Begründung erklärte er: „Ich will nicht, daß Walter Ulbricht den Weg von Rákosi geht.“<sup>12</sup> Schirdewan forderte die Massenorganisationen auf, die Parteiarbeit nicht länger schablonenhaft nachzuahmen. Den kleinbürgerlichen Parteien wollte er mehr Spielraum für ihre Mitwirkung im antifaschistisch-demokratischen Block einräumen.

---

6 Siehe Rudolf Herrnstadt: Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, hrsg., eingeleitet und bearbeitet von Nadja Stulz-Herrnstadt, Reinbek bei Hamburg 1990.

7 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-Barch), DY 30, IV 2/1/160, Bl. 25.

8 Überarbeitetes Protokoll des 29. Plenums des ZK der SED vom 12. bis 14. November 1956, als parteiinternes Material gedruckt, Nr. 00843, o. O., o. D., S.67.

9 Ebenda, S.70.

10 Ebenda, S.112.

11 Ebenda, S.113.

12 Schirdewan, *Aufstand*, S.109. – Mátyás Rákosi (1909-1971), ungarischer Politiker, ab 1945 an der Spitze von kommunistischer Partei und Staat; 1953 auf Druck Chruschtschew als Ministerpräsident und Generalsekretär abgesetzt; Flucht in die UdSSR; 1971 Überführung des Leichnams nach Ungarn.

Zu den Reformbefürwortern im Politbüro zählte auch Otto Grotewohl. Karl Schirdewan berichtet, Grotewohl „hoffte auf Reformbewegungen nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Er setzte große Hoffnung auf Veränderung und eine neue Parteilührung.“<sup>13</sup> Otto Grotewohl ging, wie einer handschriftlichen Notiz in seinem Nachlaß zu entnehmen ist, davon aus, daß nach dem XX. Parteitag der KPdSU die DDR einen „westlichen Sozialismus“<sup>14</sup> anstreben sollte.

Das Politbüro beschloß am 12. Juni 1956, am 18. und 19. November 1956 Wahlen zu den Kreistagen und Gemeindevertretungen durchzuführen.<sup>15</sup> Otto Grotewohl hatte einen Entwurf für ein Wahlgesetz vorgelegt, der darauf zielte, die Rolle und die Autorität der Volksvertretungen, insbesondere der örtlichen Volksvertretungen in den Städten und Gemeinden, zu heben und ihre Aktivität zu stärken. Grotewohl wies darauf hin, daß seit den Wahlen im Jahr 1950 in einigen Kreisen Veränderungen in der Richtung eingetreten waren, daß Kreistage die Bevölkerung nicht mehr vertreten. Das bringe deutlich die Zusammensetzung des Kreistages Hagenow im Bezirk Schwerin zum Ausdruck. Der Kreistag Hagenow umfasse 55 Mandate, davon seien z. Z. 45 besetzt. Seit den letzten Wahlen der Gemeindevertretungen und Kreistage im Jahre 1950 seien 49 Abgeordnete, d. h. nahezu alle ursprünglich gewählten Abgeordneten, ausgeschieden.<sup>16</sup> Im Ergebnis von Kooptierungen setze sich der Kreistag gegenwärtig zusammen aus 30 Angestellten, neun Arbeitern, drei Angehörigen der Intelligenz, einem Mittelbauern, einem Vertreter der Maschinen-Traktoren-Ausleihstationen und zwei „Sonstigen“. Obwohl der Kreis Hagenow einer der größten landwirtschaftlichen Kreise der DDR war und in 125 Gemeinden insgesamt 113 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) aufwies, sei kein einziger Genossenschaftsbauer im Kreistag vertreten. 55 Prozent der Kreistagsabgeordneten, das seien 25 Abgeordnete, wohnten in der Kreisstadt.<sup>17</sup> In vielen Gemeindevertretungen im Lande seien Mandate unbesetzt, im Bezirk Erfurt allein 444 Mandate, in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen 100 Mandate.

Grotewohls Entwurf eines neuen Wahlgesetzes hielt zur Wahlkabine und zum Stimmzettel in § 29 und § 39 fest:

„(1) Der Wahlvorstand ist dafür verantwortlich, daß in dem Wahlraum ein oder mehrere Tische mit Schutzvorrichtungen (Wahlkabinen) vorhanden sind, die so beschaffen sein müssen, daß jeder Wähler seinen Stimmzettel unbeobachtet behandeln kann.

(2) In der Wahlkabine darf sich, von den Fällen des § 43, Abs. 3<sup>18</sup> abgesehen, stets nur ein Wähler befinden. Dieser soll nur solange darin verweilen, als dies unbedingt notwendig ist. [...] (4) Auf dem Stimmzettel muß hinter jedem Wahlvorschlag eine

---

13 Ebenda, S.100.

14 SAPMO-BArch, NY 4090/301, Bl. 44.

15 Siehe ebenda, DY 30, J IV 2/2A/501, Bl. 5.

16 Siehe ebenda, Bl. 17.

17 Siehe ebenda, Bl. 18.

18 Dort heißt es: „Wahlberechtigte, die des Lesens unkundig oder durch körperliche Gebrechen behindert sind, dürfen sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.“ Ebenda, Bl.53.

besondere Spalte für die Anbringung des Abstimmungszeichens durch den Wähler vorgesehen sein.

(5) Für den Fall, daß in einem Wahlkreis nur ein Wahlvorschlag zur Abstimmung gestellt wird, ist auf dem Stimmzettel eine besondere Spalte vorzusehen, in die die Wähler ihr Abstimmungszeichen setzen, die gegen den aufgestellten Wahlvorschlag stimmen wollen.<sup>19</sup>

Wären diese Bestimmungen bei Wahlen in der DDR ab 1956 angewandt worden, dann wären das nach heutigen Kriterien noch keine freien und geheimen Wahlen gewesen, aber doch ein Schritt hin zu geheimen Wahlen mit der Möglichkeit der Abwahl von Kandidaten. Grotewohls Vorschlag war also noch inkonsequent, wies aber doch in die richtige Richtung.

Vorschläge für eine Parteireform der SED unterbreitete auch Wolfgang Harich in seinem später „Plattform“ genannten Papier von Ende November 1956, das auf Anregung von Gustav Just und Walter Janka in der theoretischen Zeitschrift der SED „Einheit“ zur Diskussion gestellt werden sollte.<sup>20</sup> Harich forderte eine Überprüfung des Statuts der SED, das in der Stalinschen Periode angenommen worden war. Es sei auf die Frage hin zu überprüfen, ob es Bestimmungen enthalte, die die Unterdrückung der innerparteilichen Demokratie begünstigen: „Sollte sich herausstellen, daß das der Fall ist – und das zu beweisen fällt nicht schwer –, so wäre auf dem in absehbarer Zeit einzuberufenden V. Parteitag der SED eine Neufassung des Parteistatus zu beschließen.“<sup>21</sup> Harich forderte den Ausschluß aus der SED und die strafrechtliche Bestrafung jener Funktionäre der SED, des MfS und der Justiz, die sich in der Stalinschen Periode an Verbrechen beteiligt hatten. Die Genossen aber, die in dieser Zeit Verfolgungen unterworfen und öffentlich verleumdet worden waren, sollten vollständig rehabilitiert werden: „Ihre Rehabilitation muß zusammen mit einer individuellen Begründung für jeden einzelnen Fall im Zentralorgan der Partei öffentlich bekannt gegeben werden.“<sup>22</sup>

Der Parteiapparat sei zu reduzieren. Verantwortliche Mitarbeiter des Parteiapparates müßten künftig auf den Plenarsitzungen der gewählten Parteiorgane gewählt werden. Die Parteiorganisationen an der Basis sollten über alle Fragen ihrer täglichen Arbeit selbst entscheiden. Der Parteiapparat dürfe die Aktivität an der Basis künftig nicht mehr durch Interventionen hemmen. Bei Zugrundelegung der von Harich entwickelten Kriterien für eine Parteireform in der SED hätte Ulbricht keine Chance gehabt, 1. Sekretär der Partei zu bleiben.

---

19 Ebenda, Bl. 46-51.

20 Ausführliche Analyse der „Plattform“ bei Thomas Fetzer: Bewertung der Plattform, in: Siegfried Prokop (Hrsg.): Ein Streiter für Deutschland. Das Wolfgang-Harich-Gedenkkolloquium am 21. März 1996 im Ribbeck-Haus zu Berlin, Berlin 1996, S.181-204.

21 Wolfgang Harich: Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus (Entwurf), in: Wolfgang Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR, Berlin 1993, S.113f.

22 Ebenda, S.115.

*Die Wirtschaftsreform*

Politbüromitglied Fred Oelßner empörte sich auf der 29. Tagung des ZK der SED über die Dogmen in der Wirtschaftspolitik: „Wir können noch ein Jahr so weiter machen, vielleicht zwei Jahre, die Frage wird uns wieder auf den Leib rücken, denn die Ökonomie ist stärker.“<sup>23</sup>

In der DDR sei es häufig vorgekommen, daß Fragen, die unangenehm sind, eigentlich gar nicht gestellt werden konnten. Selbstverständlich könne einmal ein Fehler gemacht werden, aber sobald eine solche Frage gestellt werde, werde einem sofort der Mund so gestopft, daß einem die Lust vergehe, solche Fragen zu stellen, statt daß eine sachliche und gründliche Prüfung vorgenommen werde. Oelßner benannte den Dogmatismus in der ökonomischen Politik als die eigentliche Ursache für dieses Herangehen: „Es wurde hier sehr viel von Dogmatismus gesprochen, besonders in bezug auf die ideologische Arbeit. Viele Genossen meinen auch, die Überwindung des Dogmatismus sei vorwiegend eine ideologische Aufgabe. Das ist nicht richtig. Die Überwindung des Dogmatismus und bestimmter Dogmen ist genauso wichtig in unserer ökonomischen Politik.“<sup>24</sup>

Als Beleg für seine These wies Oelßner auf zwei Beispiele hin:

Am 1. Oktober 1956 sei das Teilzahlungsgeschäft im Handel eingeführt worden. Dieser Maßnahme sei ein halbjährlicher erbitterter Kampf vorausgegangen, weil einige Mitglieder der SED-Führung meinten, daß der Teilzahlungsverkauf den sozialistischen Prinzipien der Wirtschaftsführung widerspreche. Ein Theoretiker der Notenbank habe nachzuweisen versucht, daß es prinzipiell falsch sei, so etwas zu machen. Die Anhänger des Teilzahlungsverkaufs mußten nun nachweisen, daß dieser im Vergleich zur Praxis im Westen anders geplant sei. Es würden nur langlebige Konsumgüter verkauft, Wucherzinsen würden nicht genommen, und die Höhe des Kredits werde beschränkt. Das half aber nichts. Es wurde weiter behauptet, Teilzahlungsgeschäfte seien prinzipiell falsch. Dann entschied die Realität der Überplanbestände und der überfüllten Möbellager. Unter diesem Druck sei das Dogma gefallen. Das Teilzahlungsgeschäft wurde eingeführt, einige Fehler dabei waren unvermeidlich, aber insgesamt sei es eine Erfolgsgeschichte geworden.

Auch bei der Einführung des Prämiensystems im Handel ab 1. Oktober 1956 habe es enorme Widerstände gegeben. Das Ministerium für Handel und Versorgung sei dagegen gewesen, die Gewerkschaft für Handel ebenfalls. Das Prämiensystem dürfe nicht von der Erfüllung des Planes gelöst werden. Die Fluktuation der Verkaufskräfte und die schlechte Verkaufskultur trugen dazu bei, daß auch dieses Dogma fiel.<sup>25</sup>

Gegen Ende des Jahres 1956 sollte ein weiteres Dogma fallen. Die DDR eröffnete den ersten Selbstbedienungsladen in Berlin-Weißensee, Klement-Gottwald-Allee 100. Eine Zeitung bestätigte dem Laden weltstädtisches Format: „Die Berlinerinnen griffen zu den leichten Metallkörben, um von dem reichhaltigen Angebot auszuwäh-

---

23 Überarbeitetes Protokoll des 29. Plenums, S.100.

24 Ebenda, S.101.

25 Siehe ebenda, S.102.

len. In den blinkenden Verkaufsgondeln, den Kühlregalen und offenen Tiefkühltruhen präsentierten sich den Kunden in Zellophan oder Perfol verpackte Lebens- und Genußmittel. Auf jeder dieser Packung sind der Preis und das Gewicht vermerkt, und der Kunde hat auch die Möglichkeit, an aufgestellten Waagen noch einmal die Richtigkeit der Angaben nachzuprüfen.“<sup>26</sup>

Gerhart Ziller<sup>27</sup> legte eine Analyse über die Ökonomik des Fahrzeugbaus vor. Nach den darin angestellten Untersuchungen begannen sich die automatischen Anlagen bei einer Jahresproduktion von 67.000 Wagen zu „rechnen“. Es wurde darin auch ausdrücklich festgestellt, daß eine Automatisierung ohne hohe Stückzahl in der Produktion kostenerhöhend wirkt. Die PKW-Produktion der DDR widersprach in mehrfacher Hinsicht den Kriterien ökonomischer Rationalität. Die DDR produzierte 1956 30.510 Autos in vier Typen. Ziller verdeutlichte die Verluste am Beispiel des neuen Renommierwagens „Sachsenring“, von dem im Jahre 1956 nur 500 Stück hergestellt wurden: Die Produktion eines Wagens kostete 39.050 DM, verkauft wurde der „Sachsenring“ im Inland für 28.000 DM. Der Staat subventionierte also jedes Auto dieses Typs mit 11.000 DM. Das zuständige Ministerium plante von vornherein 5,5 Millionen DM Verluste ein.<sup>28</sup>

Fritz Behrens legte 1957 zusammen mit Arne Benary die Broschüre „Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode“ vor, die wegen ihrer Kritik an gängigen Dogmen der Politischen Ökonomie des Sozialismus vom SED-Politbüro für die Auslieferung in den Buchhandel gestoppt wurde. In der Broschüre wurden bestimmte Themen der Stalin-Periode enttabuisiert. Dazu zählten die Fragen der Warenproduktion und der Funktion des Wertgesetzes. Behrens stritt gegen die staatliche Überzentralisierung und Bürokratisierung in der Wirtschaftslenkung. Er trat für eine Dezentralisierung ökonomischer Abläufe und Entscheidungen ein, er schrieb: „Aber ebenso, wie die Zentralisierung keine obligatorische Form der Leitung des sozialistischen Staates ist, so ist auch die zentrale Weisung keine obligatorische Form der Leitung der sozialistischen Wirtschaft. In dem Maße, wie die ökonomischen Gesetze der sozialistischen Produktion zu wirken beginnen, d. h. in dem Maße, wie sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse festigen, muß die Leitung der Wirtschaft durch zentrale Weisung zurücktreten, da sie sonst zu einem Hemmschuh der weiteren Entwicklung wird. Die wachsenden Produktivkräfte und das ökonomische System geraten dann in Widerspruch zu der Leitung der Wirtschaft durch zentrale Weisung.“<sup>29</sup>

---

26 Neues Deutschland, 14.12.1956, S.8.

27 Gerhart Ziller (1912-1957). 1950-1953 Minister für Maschinenbau, 1953/54 Minister für Schwermaschinenbau. Seit Juli 1953 Mitglied und Sekretär für Wirtschaft des ZK der SED. 1957 Selbstmord nach Auseinandersetzungen über die Wirtschaftspolitik.

28 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/162, Bl. 61.

29 Fritz Behrens: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, 1957, S.117f.

Für Behrens war die Vorstellung, der Staat müsse alles leiten, nicht sozialistisch. Er hielt sie für „preußisch“, also „junkerlich-monopolistisch“. Behrens trat für den Übergang von der administrativ-bürokratischen zur ökonomischen Wirtschaftslenkung ein. In der überkommenen Wirtschaftslenkung sah er die Ursache für die permanente Verletzung der Interessen der Wirtschaftssubjekte, die zu einem in Qualität und Menge unbefriedigenden Warenangebot führt. Agitatoreneinsätze, Betriebskonferenzen und Parteaufträge könnten nicht wettmachen, was durch das Unterlassen ökonomischer Lenkung, Nichtberücksichtigung des Marktes und monetärer Kategorien (Geld, Preis, Kosten Lohn, Kredit, Zins) versäumt wird. Schließlich wünschte sich Behrens die eigentlichen Produzenten in einer qualitativ veränderten Rolle, was er mit dem Begriff „Selbstverwaltung der Wirtschaft durch die Werktätigen“ zu erfassen bemüht war. Die ökonomische Selbständigkeit der Betriebe zählte er zu den Voraussetzungen jeglicher Veränderung.

Der Reform-Vorstoß von Behrens in den Jahren 1956/57 bedeutete noch keine Alternative zum Wirtschaftstypus Planökonomie.<sup>30</sup> Jedoch schärfte Behrens mit seinen Analysen den Blick auf die Notwendigkeit systemtranszendenter Reformen.<sup>31</sup>

### *Die Agrarreform*

Auf der 29. Tagung des ZK der SED sprach Fred Oelßner die Frage der schwachen und unrentablen LPG an. Die Versorgungslage war wieder sehr angespannt; Oelßner ging auf die Ursachen ein: „Zum Teil deshalb, weil bestimmte Importe ausgeblieben sind, und zum Teil deshalb, weil wir nicht genügend Reserven haben. Vor allem deshalb, weil die Landwirtschaft nicht genug Warenproduktion liefert.“<sup>32</sup>

Die Landwirtschaft habe seit Jahren ihren Plan nicht verwirklicht. Sie hätte z. B. 300.000 Tonnen Milch weniger gebracht als geplant, das seien 12.000 Tonnen Butter, das sei Quark und Käse. Die Rationierung solle aufgehoben werden. Dies gehe aber nur, wenn genug Fonds zur Verfügung stünden. Das Problem der LPG bestehe darin, daß zwar Milliarden investiert würden, aber ein ständiger Rückgang der Warenproduktion zu verzeichnen sei: „Es ist ein Gegensatz zwischen den Genossenschaften und der übrigen Bauernschaft entstanden. Die Bauern sagen uns: gebt uns wenigstens einen Teil der Vergünstigungen, die ihr den Genossenschaften gebt, dann wollen wir sehen, wer besser arbeitet. – Wir haben noch andere negative Erscheinungen in den Genossenschaften. So haben wir einen garantierten Mindest-

---

30 Günter Krause zufolge handelte es sich um eine „Reformökonomie, die sich nicht als Beitrag zur Beseitigung, sondern zur Verbesserung des Sozialismus, und zwar im Hinblick auf mehr ökonomische Stabilität und Rationalität, Demokratie und Humanismus, verstand. Der Wirtschaftstypus Planökonomie selbst als casus diagnostizierter Konflikte und Dysfunktionen stand nicht zur Debatte, wohl aber Formen und Mechanismen seiner Ausgestaltung.“ (Günter Krause: *Wirtschaftstheorie in der DDR*, Marburg 1998, S.130).

31 Siehe Fritz Behrens: *Abschied von der sozialen Utopie*, Berlin 1992.

32 Überarbeitetes Protokoll des 29. Plenums, S.100.

lohn, von Staats wegen garantiert, das haben wir bei der Arbeiterklasse nicht. Ich weiß nicht, ob es das in irgend einem anderen Lande gibt.“<sup>33</sup>

Heinrich Rau fragte Oelßner, was er vorschläge. Oelßner antwortete, daß starke LPG unterstützt werden müßten. Die einzeln wirtschaftenden Bauern seien allmählich auf den sozialistischen Weg zu führen, ohne einen Rückgang der Warenproduktion zu riskieren. Auf die Widerstände durch orthodoxe Kräfte in der SED-Führung seit der 28. Tagung eingehend, erklärte Oelßner: „Wir haben erreicht, daß jetzt niemand mehr dieses heiße Eisen anfassen kann und anfassen wird. Das heißt, eine Frage, die uns das Leben aufdrängt, ist mit Autorität und Dogma erschlagen worden.“<sup>34</sup>

Zu ähnlichen Bewertungen des Agrarproblems, wie Oelßner es sah, kamen auch andere. Kurt Vieweg<sup>35</sup>, Direktor des Instituts für Agrarökonomie an der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften und ehemaliger ZK-Sekretär der SED für Landwirtschaft, leitete aus einer kritischen Analyse Vorschläge für eine Veränderung der Agrarpolitik der SED ab. Im November 1956 legte er den gemeinsam mit seiner Mitsreiterin Gudrun Langendorf erarbeiteten Entwurf des „Neuen Agrarprogramms für die Entwicklung der Landwirtschaft beim Aufbau des Sozialismus in der DDR“<sup>36</sup> vor. Vieweg richtete das Augenmerk auf theoretische Fragen der Standortverteilung landwirtschaftlicher Produktion, auf LPG und auf die von Johann Heinrich von Thünen begründete klassische landwirtschaftliche Betriebslehre.<sup>37</sup> Vieweg plädierte für die Neustrukturierung der landwirtschaftlichen Betriebe und die konsequente Führung der LPG nach betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen. Künftig sollte es in der Landwirtschaft der DDR sowohl den hochmechanisierten Familienbetrieb als auch den Lohnarbeiterbetrieb geben. Wie im Nachbarland Polen wären wirtschaftsschwache LPG aufzulösen und die MTS umzubilden. Für weitere zwei bis drei Generationen sollte der bäuerliche Familienbetrieb das Rückgrat der Agrarproduktion sein. In diesem Sinne empfahl Vieweg: „Die Einzelbauernwirtschaften erhalten die Möglichkeit, alle für die Entwicklung ihrer Produktion notwendigen Produktionsmittel zu kaufen, um ihre Betriebe mit moderner Technik auszustatten. [...]“

---

33 Ebenda, S.101.

34 Ebenda.

35 Kurt Vieweg (1911-1976), SED-Agrarpolitiker, Professor. Wie in anderen Vergleichsfällen ließ der sowjetische Berater Vieweg, als dieser sich mit harten Revisionismus-Vorwürfen konfrontiert sah, fallen. Vieweg floh am 27.3.1957 in die Bundesrepublik. Im Oktober 1957 kehrte er in die DDR zurück und wurde zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt.

36 Zuerst publiziert von Michael F. Scholz. Siehe Kurt Viewegs alternative Agrarpolitik 1956, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1994, H. 3, 78-87, Dok. S.80-87.

37 Der zuständige ZK-Sekretär Erich Mückenberger verteilte Viewegs Agrarkonzept sofort als „revisionistisch“ und schlug dem Politbüro die Entlassung Viewegs aus seiner Funktion als Institutsdirektor vor. Bemerkenswert ist, wie sich Mückenberger die weitere Tätigkeit Viewegs vorstellte: „Es wird vorgeschlagen, V. mit der Verwaltung des Thünen-Arbeitskreises zu betrauen, mit dem Auftrag, die unmarxistische Lehre Thürens zu widerlegen.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2/A543, unpag.

Unverzüglich wird mit der Großproduktion eines Bauerntraktors mit den dazugehörigen Anbaugeräten begonnen. Den Bauern wird Gelegenheit gegeben, sich durch Vorbestellung und Einzahlung der ersten Raten an dem schnellen Aufbau dieser Werke zu beteiligen.<sup>38</sup> Vieweg wollte den Bauern in der DDR eine Perspektive geben und sie von allen die Agrarproduktion beeinträchtigenden Hemmnissen befreien. Er wandte sich nicht gegen eine sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft, sondern ging von einem wesentlich länger gefaßten Zeitplan für die Schaffung einer sozialistischen Landwirtschaft aus als die geltende Agrarpolitik der SED.

Viewegs Agrarplan war mit Fritz Behrens abgestimmt worden. Er bewegte sich in diesem Reform-Rahmen. Mit den „Gleichgesinnten“ im Aufbau-Verlag hatte Vieweg keine Abstimmung angestrebt. Erst bei Gesprächen während der Freigänge im Zuchthaus von Bautzen erkannten er und Harich, daß Viewegs Agrarplan sich in die „Plattform“ Harichs hätte integrieren lassen.

So kurz die Zeit bis zum Abbruch der Reformdebatte auch war, die Konzepte Oelßners und Viewegs wirkten sich auf das praktische Geschehen aus. Im Kreis Zittau erklärten leitende Landwirtschaftsfunktionäre die Kollektivierung wegen der Spezifik der geographischen Verhältnisse für undurchführbar. Das Mähdrescherwerk Weimar nahm eine Planänderung vor, die darauf hinauslief, die Produktion von Mähdreschern und Kartoffelvollerntemaschinen einzustellen. Statt Großkombines sollten Geräte für den Gespannzug wie Grasmäher und Pferderechen produziert werden. Die Statistik weist einen steilen Anstieg bei den landwirtschaftlichen Maschinen von 27.880 im August 1956 auf 42.874 im Dezember aus, während die Produktion der Mähdrescher von 247 im Juni auf 92 im Dezember zurückging.<sup>39</sup> Im Bezirk Neubrandenburg wurde das ländliche Bauprogramm zurückgefahren. Diese Zahlen deuten darauf hin, daß Viewegs Agrarreform für eine kurze Zeit schon in das Stadium der praktischen Verwirklichung getreten war.

### *Die Justizreform*

Der Umbau des Rechtswesens, später als „Ausbau des sozialistischen Rechts“ beschrieben, spielte im Jahre 1956 eine herausragende Rolle.

Ministerpräsident Otto Grotewohl führte dazu auf der 3. Parteikonferenz der SED aus: „Unser Recht wird immer mehr zu einem mächtigen Mittel zur Erziehung der werktätigen Massen, die in unserer Gesellschaft die Herren ihres Landes und die unmittelbaren Erbauer des Sozialismus sind. [...] In unserer täglichen Praxis gibt es manche Beispiele der Verletzung der Gesetzlichkeit. So wurde vor einiger Zeit der technische Direktor eines Berliner Betriebes ungerechtfertigt festgenommen, drei Wochen in Haft gehalten und während dieser Zeit nur einmal verhört. Erst nach einer gründlichen Untersuchung der Angelegenheit wurde der technische Direktor in deren Ergebnis rehabilitiert, und die für seine ungerechtfertigte Inhaftnahme Ver-

---

38 Zit. nach: Scholz, Kurt Viewegs, S.82.

39 Siehe Graphische Übersichten über die Produktion und Planerfüllung wichtiger Industrieerzeugnisse 1955-1957, BArch, DE – 1, St/249, Bl. 11.

antwortlichen wurden streng zur Verantwortung gezogen.<sup>40</sup> Grotewohl holte aus zu einer Kritik an Generalstaatsanwalt und Justizministerium: „Auch der Generalstaatsanwalt muß sich in höherem Maße als bisher bewußt sein, daß er die Verantwortung für die strikte Durchführung der Gesetze trägt und daß nicht, wie in Neubrandenburg, die Rechte der Bürger verletzt und ungerechtfertigte Festnahmen vorgenommen werden, die nach eingehender Prüfung sofort rückgängig gemacht werden müssen. Das Justizministerium muß der Kontrolle der Rechtsprechung größere Aufmerksamkeit zuwenden, insbesondere im Hinblick auf die Gewährleistung der Rechte der Staatsbürger.“<sup>41</sup>

Auf der Ersten Sitzung der Kommission des Zentralkomitees der SED zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern am 19. April 1956 wurden Festlegungen zu einer umfassenden Überprüfung von Gerichtsurteilen getroffen. Alle im Zusammenhang mit den Kriegseignissen Verurteilten sollten freigelassen werden. Die Liste der Personen, bei denen wegen der Schwere der Verbrechen Bedenken bestünden, sollte dem Politbüro vorgelegt werden. Zur Freilassung von inhaftierten SED-, Staats-, und Wirtschaftsfunktionären wurden Untergruppen der Kommission gebildet. Für den ehemaligen Justizminister der DDR Max Fechner, der nach dem 17. Juni 1953 verhaftet worden war, wurde die Freilassung verfügt.

Auf ihrer Beratung am 14. Juni 1956 zog die Kommission ein erstes Resümee. Zahlreiche Gerichtsurteile, die in der DDR gefällt worden waren, erschienen aus aktueller Sicht in ihrem Strafmaß zu hoch. Ein kleiner Betrug oder ein kleiner Diebstahl dürfe kein Anlaß für eine Verhaftung sein, hieß es. Dem Recht auf Verteidigung durch Anwälte müsse künftig erheblich mehr Gewicht zugemessen werden. In der Vergangenheit hätten Staatsanwälte die marxistische Erkenntnis, daß Verbrechen ein Ausdruck des Klassenkampfes sind, schematisch und starr in der Praxis angewandt. Von lebensfremden Theoretikern hätten sie sich einreden lassen, „selbst ein fahrlässiger Verstoß eines Rad- oder Autofahrers oder Fußgängers im Großstadtverkehr gegen die Straßenverkehrsordnung sei ein Ausdruck des verschärften Klassenkampfes“.<sup>42</sup> Die Staatsanwälte sollten künftig stärker als Wahrer und Hüter der demokratischen Gesetzlichkeit wirksam werden. Zu diesem Zweck sei eine staatsanwaltliche Ordnung zu schaffen, die die Rechte und Pflichten der Staatsanwälte bei der Ausführung ihrer Aufsichtstätigkeit eindeutig festlegt. Größeres Gewicht sollte künftig auch auf die Schöffen, die ein „gewähltes Organ der Werktätigen“ bei den Gerichten in erstinstanzlichen Straf- und Zivilverfahren seien, als gleichberechtigte Richter gelegt werden.

---

40 Otto Grotewohl: Die Rolle der Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR, in: Protokoll der 3. Parteikonferenz der SED, Berlin 1956, S.674.

41 Ebenda.

42 Alles für die Festigung der demokratischen Gesetzlichkeit, in: Zur Entlassung werden vorgeschlagen... Wirken und Arbeitsergebnisse der Kommission des Zentralkomitees zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern 1956. Dokumente. Mit einem Vorwort von Josef Gabert, Berlin 1991, S.92-100, hier S.95.

Eine deutliche Kritik übte die Kommission am Ministerium für Staatssicherheit,<sup>43</sup> das zu schnell mit dem Attribut „Sabotage- und Schädlingstätigkeit“ aufwarte: „Bei der Behandlung der Intelligenz und der leitenden und verantwortlichen Mitarbeiter der Wirtschaft bedürfen die Methoden des Ministeriums für Staatssicherheit [...] einer gründlichen Veränderung. In der Vergangenheit wurden Fehler, die diesem Personenkreis in der Arbeit unterliefen, oft als Sabotage und Schädlingstätigkeit eingeschätzt, obwohl sie bei der gründlichen Prüfung aller Umstände und der Personen in dieser Weise nicht zu qualifizieren gewesen wären. Durch diese Überspitzungen und der objektiven Wahrheit entgegenstehenden Unterstellungen ist manch einem Techniker und Wissenschaftler die Lust am Experimentieren vergangen.“<sup>44</sup>

Auf der 28. Tagung des ZK der SED im Juli 1956 berichtete Walter Ulbricht, daß 691 ehemalige SPD-Mitglieder, die wegen „Agententätigkeit“ verurteilt worden waren, freigelassen wurden. Der Entlassung folgte im Regelfall jedoch nicht die notwendige politische und moralische Rehabilitierung.<sup>45</sup> Im Bericht des Politbüros erklärte Ulbricht: „Da die Beschlüsse des ZK, die im Ergebnis der Entschließung des Informationsbüros der kommunistischen Parteien über die Lage in der KP Jugoslawiens gefaßt wurden, aufgehoben worden sind, ergibt sich daraus die Rehabilitierung aller persönlichen Fälle, die damit im Zusammenhang standen. Auf Vorschlag der ZPKK wurde vom Sekretariat beschlossen, die kadermäßigen Beschränkungen für Genossen, die in westlicher Emigration waren, aufzuheben.“<sup>46</sup>

Zu Paul Merker erklärte Walter Ulbricht auf der 29. ZK-Tagung am 14. November 1956: „Das Politbüro hat sich mit einem Beschluß und einem Vorschlag der Zentralen Parteikontrollkommission über die Wiederaufnahme von Paul Merker in die Partei beschäftigt. Aber durch ein Versehen ist das Dokument, das hier vorgelegt werden sollte, nicht exakt formuliert worden. Deshalb bitten wir die Genossen des Zentralkomitees darum, daß das Politbüro bevollmächtigt wird, die Wiederaufnahme von Paul Merker in die Partei zu formulieren und dann zu veröffentlichen.“<sup>47</sup>

Auf Beschluß des Ministerrates wurden in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Oktober 1956 21.187 Häftlinge vorzeitig aus den Strafvollzugsanstalten entlassen. Um 18,2 Prozent verringerte sich 1956 die Zahl der rechtskräftig verurteilten Personen im

---

43 In seinem Referat auf der Parteiaktivtagung des MfS am 11.5.1956 übte Walter Ulbricht eine harsche Kritik an den Praktiken der Untersuchungsabteilungen. Siehe SAPMO-BArch, NY 4182/502, Bl. 47f.

44 Alles für die Festigung, S.97.

45 Erst am 30.4.1990 beschloß die Zentrale Schiedskommission der PDS die politische Rehabilitierung all jener, die Ende der 40er bzw. Anfang der 50er Jahre wegen ihrer früheren Zugehörigkeit zur SPD als sogenannte Schumacher-Agenten aus der SED ausgeschlossen und zum Teil von der Justiz verfolgt worden waren. Dazu zählten u.a. Hermann Kreuzer, Dorothea Kreuzer, geborene Fischer, sowie Bruno Böttge, Paul Verdieck und Stanislaus Trabalski.

46 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/161, Bl. 30f.

47 Ebenda, DY 30, IV 2/1/167, Bl. 116f.

Vergleich zum Vorjahr. Die Arbeit der im Jahre 1955 gewählten Schöffen erfuhr durch die neue Zeitschrift „Der Schöffe“ im Jahre 1956 eine Aufwertung.<sup>48</sup>

Der aus der SPD kommende Otto Buchwitz, der ansonsten sehr kritische Worte zu finden wußte, äußerte auf der 29. Tagung im November 1956 Anerkennung über „die Reformen auf dem Gebiet der Justiz“.<sup>49</sup> Er ergänzte: „Das wird draußen Eindruck machen, davon bin ich überzeugt, auch das, was die Volkskammer am kommenden Freitag annimmt, die beiden Gesetze zur weiteren Demokratisierung unseres Lebens.“ Zugleich kritisierte Buchwitz die anhaltende „Allmacht des Apparats“: „Aber ich für meinen Teil möchte, daß wir da einmal zusammengerufen werden (Ungarn, Ägypten) [...] Aber wir wurden nicht unterrichtet. Ich habe das in den letzten Wochen so als die Allmacht des Apparats empfunden.“<sup>50</sup>

Rechtswissenschaftler der DDR, die sich Gedanken um Theorie und Praxis einer sozialismusergerechten Rechtsordnung machten, kamen indes nicht zum Zuge. Hermann Klenner bot 1956 der Zeitschrift „Staat und Recht“ einen Artikel zum Thema „Gesetzgebung und Gesetzlichkeit“ an, der von Redaktion abgewiesen wurde.<sup>51</sup> Klenner bestand auf der relativen Selbständigkeit des Rechts im Verhältnis zu anderen Gesellschaftsmechanismen und wandte sich gegen die herrschende Meinung, es bestünde eine Pflicht des Bürgers, sich allen Anweisungen des Staates unterzuordnen. Er forderte, staatlichen Zugriff auf die Individualsphäre der Bürger zuvor auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen und Streitfälle von weisungsungebundenen Gerichten entscheiden zu lassen. Auf diese Vorstellungen reagierte der Parteiapparat heftig.<sup>52</sup>

### *Reformansätze im kulturellen und sozialen Bereich*

Die Polemik vieler Intellektueller gegen den Stalinismus in der Kulturpolitik der SED blieb gerade im Verlaufe des Jahres 1956 nicht ohne Folgen. Am 1. Juli 1956 erfolgte die Auflösung des Amtes für Literatur. Alexander Abusch erklärte in der Präsidialratssitzung des Kulturbundes am 23. November 1956, daß sich eine neue Verordnung über die Aufhebung der Zensur von Juli bis Oktober 1956 verzögert habe, weil angesichts der Vorgänge in Polen und Ungarn „einige“ hätten abwarten wollen, was weiter geschehen würde. Das in Vorbereitung befindliche neue Gesetz werde das bisherige Verfahren über die Druckgenehmigung für jedes Buch und jedes Manuskript aufheben. Die Verantwortung für die Publikation von Büchern werde

48 Siehe Jahrbuch der DDR 1957, Berlin 1957, S.56f.

49 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/167, Bl. 69.

50 Ebenda, Bl. 70.

51 Der Artikel erschien 33 Jahre später in „Staat und Recht“ (Berlin), 39. Jg., 1990, S.372-381.

52 Siehe Protokoll einer Sektorenberatung der Abt. Staatliche Organe des ZK der SED am 17.12.1956, in: Ralf Dreier (Hrsg.): Rechtswissenschaft in der DDR 1949-1971, Baden-Baden 1996, S.115-118.

den Verlagen selbst übertragen: „Das bedeutet, daß ein ganzer Wust von bürokratischen Dingen, die bisher vorhanden waren, beseitigt werden.“<sup>53</sup>

Auch in der Filmproduktion würde die Verantwortung auf die Leitung der Studios übergehen. Für die Ausbildung der Studenten an den Kunsthochschulen habe das Ministerium für Kultur Grundsätze für eine Reform beschlossen, die eine Überbeanspruchung durch Nebendisziplinen künftig ausschließen. Weltanschauliche Fragen sollten vor allem unter dem Aspekt behandelt werden, wie das Wesen des Künstlerischen besser zu erfassen ist. Mehr Zeit sei der künstlerisch-praktischen Arbeit zu widmen, während die Stundenzahl im theoretischen Unterricht zu verringern sei. Der sich ansonsten so orthodox gebende Alexander Abusch trat im November 1956 als Reformler auf. Seine Rede schien mehr zu sein als nur ein taktisches Manöver.

Gerhard Fischer, Mitglied der zentralen Parteileitung des Hauptvorstandes der CDU, wies auf dieser Präsidialratstagung auf die Veränderungen im Gesundheitswesen hin. Unter Berufung auf Artikel im „Sonntag“ hätten Ärzte in Strausberg bei Berlin die Gründung einer eigenen beruflichen Standesvertretung gefordert. Der FDGB habe Probleme, die Interessen der Ärzte zu vertreten, denn die Ärzte seien in drei verschiedenen Gewerkschaften organisiert.<sup>54</sup> Fischer appellierte an den Präsidialrat, auf die Wünsche der Mediziner feinfühlig zu reagieren, jedoch unkontrollierbaren Aktionen keinen Vorschub zu leisten. Eine Ärztekammer stand in Rede.

Parallel zu dieser Erörterung beriet der Parteiapparat der SED das Konzept für eine Gesundheitsreform. Im Sekretariat des ZK der SED entstand eine Vorlage der Abteilung Arbeit, Sozial- und Gesundheitswesen, die eine Aussprache mit der medizinischen Intelligenz vorsah. Das Sekretariat des ZK machte das SED-Politbüro darauf aufmerksam, daß von den zu diskutierenden Problemen die Frage der Einrichtung von Staatlichen Arztpraxen umstritten sei. Bezüglich der Gründung einer Ärztervereinigung hätte die Abteilung Arbeit, Sozial- und Gesundheitswesen auf fehlende Garantien dafür hingewiesen, daß in den Kreisleitungen dieser Vereinigung SED-treue Funktionäre agieren werden.

Die Lage im Gesundheitswesen sei unbefriedigend. Obwohl zahlreiche neue Einrichtungen des Gesundheitswesens geschaffen wurden, entspreche die ärztliche und pflegerische Behandlung der Bevölkerung bei weitem nicht den Möglichkeiten, hieß es in der Sekretariats-Vorlage. Unter den Ärzten habe sich eine Resignation breitgemacht. Das Ministerium für Gesundheitswesen arbeite praxisfremd, eine Reihe von Problemen harre einer Lösung. Die Unterbringung psychisch und chronisch Kranker sei nicht gelöst, die Versorgung mit Instrumenten und Geräten liege im argen. Die medizinische Intelligenz habe persönliche Sorgen hinsichtlich des Studiums ihrer Kinder, der unzureichenden Urlaubsplätze, der ungelösten Wohnungsfrage und

---

53 SAPMO-BArch, DY 27/921, Bl. 310.

54 Offenbar wurde hier darauf angespielt, daß die Mehrheit der angestellten Ärzte in der Gewerkschaft Gesundheitswesen, die im Hochschulwesen tätigen Ärzte in der Gewerkschaft Wissenschaft und die in privaten Einzelpraxen tätigen Ärzte in der Gewerkschaft örtliche Wirtschaft organisiert waren.

des Besuchs deutscher und internationaler Kongresse. In der Begründung der Vorlage schrieben Jenny Matern (Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheitswesen), Robert Ganse (Zentralvorstand der Gewerkschaft Gesundheitswesen), Fritz Schellhorn/Rudolf Weber (Abteilung Arbeit, Sozial- und Gesundheitswesen), Hannes Hörnig (Abteilung Wissenschaft und Propaganda): „In den zur Zeit gegebenen Möglichkeiten zur Ausübung der ärztlichen Tätigkeit in der Republik sehen sie [die Ärzte – S. P.] nur eine ungenügende Perspektive für ihre persönliche und berufliche Entwicklung. Unser jetziges Organisationssystem gibt dem erfahrenen Arzt zu wenig Möglichkeiten, den Wunsch nach selbstverantwortlicher Tätigkeit zu verwirklichen, wie es früher in Deutschland und heute in Westdeutschland die Ärzte in eigener Praxis können. Die Ärzte haben den Wunsch, sich zu organisieren.“<sup>55</sup>

In einer Anlage wurden die Prinzipien einer „Vereinigung der medizinischen Intelligenz“ in Anlehnung an das Statut der Kammer der Technik fixiert.<sup>56</sup> Auch das Entlohnungssystem sollte reformiert werden. Laut Arbeitsprotokoll des Sekretariats des ZK vom 31. Oktober 1956 wurde dem Politbüro vorgeschlagen, diesen Vorschlägen zuzustimmen, wozu es aber nicht mehr kam. In den folgenden Jahren kam es zur Republikflucht einer Vielzahl von Ärzten.

Auf Präsidialratstagungen des Kulturbunds 1955/56 waren Victor Klemperer, Heinrich Deiters und Otto Schwarz wiederholt auf Fragen der Jugend und Erziehung, des Fremdsprachenunterrichts, vor allem auch wegen der Vernachlässigung der alten Sprachen, eingegangen. Sie hatten damit Wirkung bei Politikern erzielen können. Am 1. November 1956 äußerte sich der Minister für Volksbildung Fritz Lange (SED) in einem Interview mit dem „Neuen Deutschland“ zur Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts in den Schulen der DDR. Er erklärte: „Zur Zeit ist die erste Fremdsprache allgemein noch Russisch. Bei der Neueinrichtung von Mittelschulen wird jedoch das Ministerium für Volksbildung bestrebt sein, gemeinsam mit den Räten der Bezirke und Kreise darauf zu achten, daß in einer Anzahl dieser neu zu errichtenden Mittelschulen Englisch und Französisch als erste Fremdsprache eingeführt wird.“ Es handelte sich hier um den weitestgehenden Vorstoß, mit Russisch als erster Fremdsprache an den Schulen zu brechen.

Schon am 24. Januar 1956 hatte das Politbüro der SED den Beschluß „Der Jugend unser Herz und unsere Hilfe“ gefaßt. Die SED wollte die Jugend an die bewußte Teilnahme am Aufbau des Sozialismus heranzuführen. Da die FDJ nicht die gesamte Jugend in ihren Reihen vereinte, schlug die SED die Bildung von Jugendausschüssen analog zu jenen der Nachkriegszeit vor. Die Aufgabe laute, hieß es in dem Politbürobeschuß, „überall, wo es keine arbeitenden FDJ-Gruppen in Wohngebieten und

---

55 SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3A, Bl. 23.

56 Siehe ebenda.

Dörfern gibt“, in Jugendausschüssen „ein interessantes und vielseitiges Leben der Jugend im Sinne unserer Politik zu gestalten“.<sup>57</sup>

FDJ-Sekretär Karl Namokel berichtete auf der 28. Tagung des ZK der SED von einer Belebung der Aktivitäten des Zentralrats der FDJ. Der XX. Parteitag der KPdSU habe die Richtigkeit der eingeschlagenen Veränderungen noch unterstrichen: „Falsch ist die Meinung einiger FDJ-Funktionäre und Genossen, daß diese Beschlüsse nicht mehr aktuell sind, weil sie vor dem XX. Parteitag bzw. der 3. Parteikonferenz gefaßt wurden. Sie sind sogar sehr aktuell, weil sie Inhalt, Form und Methode der Arbeit mit der Jugend festigen.“<sup>58</sup> Man habe Jugendforen und Streitgespräche organisiert. Über 500 Jugendausschüsse seien in der DDR gebildet worden. Noch nie sei die Bewegung des Wanderns und der Touristik, die Beteiligung am Sportgeschehen so groß wie jetzt gewesen. Daß in 35 bis 40 Prozent der Grundeinheiten monatlich Mitgliederversammlungen durchgeführt würden, wertete Namokel als Erfolg.<sup>59</sup>

Studenten an der Humboldt-Universität schlossen sich in einem Kreis zusammen, der ein Reformpapier „Vorschläge für eine Neubelebung der FDJ 1956“ erarbeitete.<sup>60</sup> Ein Jakobiner-Club unterbreitete Vorschläge für die Reformierung von Staat und Gesellschaft der DDR.<sup>61</sup> SED und Zentralrat der FDJ sahen sich genötigt, auf die studentischen Vorschläge zu reagieren.<sup>62</sup> Sie sahen Veränderungen im Rahmen ihrer Studentenpolitik vor. Im Herbst 1956 wurden die Forderungen von Studenten nach Bildung eines eigenen Studentenverbandes ernsthaft erörtert. Am 30. Oktober 1956 faßte das Politbüro den Beschluß, einen Studentenrat zuzulassen, doch unter dem unmittelbaren Eindruck der ungarischen Tragödie<sup>63</sup> wurde der Beschluß schon am 2. November wieder aufgehoben.<sup>64</sup>

---

57 Der Jugend unser Herz und unsere Hilfe. Über die Verantwortung und die Aufgaben der Partei bei der sozialistischen Erziehung und Förderung der gesamten Jugend der DDR, in: Dokumente der SED, Band VI, Berlin 1958, S.33.

58 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/161, Bl. 1.

59 Siehe ebenda, Bl. 7.

60 Siehe Manfred Behrend/Helmut Meier: Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS. Eine Dokumentation, Berlin 1991, S.22-25.

61 Siehe Ulrike Schuster: Ein Ostberliner Jakobiner-Club. Reformversuche von Studierenden der Humboldt-Universität zu Berlin im Jahre 1956, in: Ulrich Herrmann (Hrsg.): Protestierende Jugend. Jugendopposition und politischer Protest in der deutschen Nachkriegsgeschichte, Weinheim-München 2002, S.151-176.

62 Peter Skyba erwähnt auch Vorschläge, die gesamte FDJ aufzulösen und an ihrer Stelle einen christlich-demokratischen Jugendverband, eine sozialistische Jugendorganisation, einen Pionier- und einen Studentenverband zu schaffen. Siehe Peter Skyba: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949-1961, Köln-Weimar-Wien 2000, S.365.

63 Ausführlich dazu Géza Alföldy: Ungarn 1956. Aufstand, Revolution, Freiheitskampf. 2. Aufl., Heidelberg 1998.

64 Siehe SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/514, Bl. 3.

*Reformabbruch in mehreren Schritten*

Die Aufhebung des Beschlusses über einen Studentenrat am 2. November 1956 markierte eine wichtige Zäsur. Von nun an fiel unter Ulbrichts Druck und mit dem Segen Moskaus das SED-Politbüro in die traditionelle Machtpolitik zurück. Was zuvor noch Reform zur Stärkung der DDR genannt wurde, sollte bald mit dem Attribut „revisionistisch“ bzw. „konterrevolutionär“ abgestempelt werden.

Die Arbeiterunruhen in Poznań Ende Juni/Anfang Juli 1956 hatten im Nachbarland den Weg zu einer Reformphase hin geöffnet, in deren Ergebnis im Oktober 1956 wieder Władysław Gomułka<sup>65</sup> die Parteiführung übernahm. Die Reformer im Nachbarland brachen mit dem Stalinismus in der Kulturpolitik und nahmen von der Kollektivierung der Landwirtschaft Abstand. In der DDR begann vor allem in einem „Kreis der Gleichgesinnten“ die Suche nach einem „deutschen Gomułka“, Walter Janka, Gustav Just und Wolfgang Harich glaubten ihn in Paul Merker bzw. Franz Dahlem gefunden zu haben.<sup>66</sup> Der „Kreis der Gleichgesinnten“ hoffte darauf, durch Diskussion der Alternativvorstellungen in der SED den Weg zu einer polnischen Lösung in der DDR öffnen zu können. Sie hielten an dieser Vorstellung auch noch fest, nachdem infolge der Zuspitzung der Ereignisse in Budapest der Reformkurs in Ost-Berlin abgebrochen worden war. Für sie war die blutige Zuspitzung der Lage in Ungarn vor allem daraus zu erklären, daß dort nicht wie in Polen reformerische Veränderungen stattfanden.

Aus Ulbrichts Sicht war jetzt ein Notstand entstanden, in dem entschlossen gehandelt werden mußte. Die Zuspitzung der Lage im Nahen Osten dürfte ihn in seinem Entschluß noch bestärkt haben. Mit Moskauer Rückendeckung konnte nun Ulbricht ohnehin wieder rechnen.

Am 8. November 1956 beschloß das SED-Politbüro „Maßnahmen zur Unterdrückung konterrevolutionärer Aktionen“<sup>67</sup> für den Fall von Unruhen wie in Ungarn. In einer ersten Phase der Störung der öffentlichen Ordnung waren einfache polizeiliche Mittel (Absperungen und der Einsatz von Wasserwerfern) vorgesehen, im Falle einer Eskalation der Einsatz bewaffneter Kräfte der Polizei, der Staatssicherheit und der Kampfgruppen. Es hieß, die Entscheidung über den Einsatz von Schußwaffen bleibt dem besonderen Beschluß einer Kommission vorbehalten, der Walter Ulbricht (Vorsitzender), Otto Grotewohl, Hermann Matern, Karl Schirdewan, Willi Stoph, Erich Honecker, Ernst Wollweber und Karl Maron angehören.

---

65 Władysław Gomułka (1905-1982). Ab 1943 Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei; ab 1945 zugleich stellvertretender Ministerpräsident der Republik Polen und Minister für die Westgebiete; G. lehnte die dominierende Rolle der Sowjetunion unter Stalin für sein Land ab. Er wurde 1948/49 zur Aufgabe aller Ämter gezwungen und 1951-54/55 als „Nationalist“ und „Titoist“ inhaftiert; nach seiner Rehabilitierung (1956) erneut Parteiführer (1. Sekretär des ZK, Mitglied des Politbüros); 1970 von Edward Gierek abgelöst.

66 Siehe Walter Janka: Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Reinbek bei Hamburg 1989, S.98-104; Gustav Just: Zeuge in eigener Sache. Die fünfziger Jahre. Mit einem Geleitwort von Christoph Hein, Berlin 1990, S.106-109; Harich, Keine Schwierigkeiten, S.55-63.

67 Siehe SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/511.

Die Parteigruppe des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin wandte sich nach ausführlicher Diskussion der Ereignisse in Polen und Ungarn am 8. November an das ZK der SED. In einem Schreiben stellte sie fest,<sup>68</sup> daß auch in der DDR sich ernsthafte Widersprüche zwischen dem Willen der Massen und der Politik der Partei herausgebildet hätten. Dabei würden wichtige Unterschiede in den Entwicklungsbedingungen Polens und Ungarns einerseits und der DDR andererseits keineswegs übersehen. So sei der Lebensstandard in der DDR wesentlich höher als in diesen Ländern, in denen es teilweise um die Sicherung des Existenzminimums ginge. Auch hinsichtlich der Mittelschichten bestünden in der DDR günstigere Bedingungen. Schließlich habe die Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit in der DDR nicht ein solches Ausmaß und solche Formen angenommen wie in Polen und Ungarn. Und trotzdem gäbe es zwei Fragenkomplexe, denen die ganze Sorge gelten müsse: „den Fragen der Demokratisierung [...] und den Methoden der Wirtschaftsführung.“<sup>69</sup> Ein echter Meinungsstreit und eine echte Aussprache seien überhaupt erst noch zu entfalten. Nach dem XX. Parteitag sei die Aussprache oft unterbunden worden. Beispielhaft dafür seien die Artikel im „Neuen Deutschland“ vom 24. und 26. Mai von Robert Naumann und Alfred Lemnitz gewesen. Information und Diskussion über die tief bewegenden Probleme der internationalen Arbeiterbewegung seien völlig unzureichend. Dies gelte für die Reden und Interviews von Palmiro Togliatti ebenso wie für die Entwicklung der Partei in Polen. Aus der Rede von Gomulka auf dem 8. Plenum des ZK der PVAP seien nur Auszüge veröffentlicht worden, so daß die Wendung in der Politik in Polen nicht zum Ausdruck kommen konnte.

Dieser Brief an das Zentralkomitee der SED zeigte an, daß nicht alle bereit waren, die Reformen abzubrechen. Ulbricht sah sich genötigt zu taktieren. Nicht von ungefähr rückte die 29. ZK-Tagung vom 12.-14. November 1956 die Erweiterung der Arbeiterrechte, die Vorbereitung der 45-Stundenwoche und die Erhöhung der Altersrenten in den Mittelpunkt. Beschlossen wurde ferner die Bildung einer Kommission zu Fragen der Jugend. So entstand fürs erste der Eindruck, daß es in der DDR weiter um Reformen ging. Die Debatte um die Erweiterung der Arbeiterrechte gestaltete sich kontrovers. Hans Kiefert und Willy Kuhn sprachen sich für die Schaffung von Betriebsräten aus. Fritz Selbmann erinnerte gar daran, daß die Betriebsräte 1948 gegen den Willen der Arbeiter abgeschafft worden waren. Otto Lehmann wandte ein, Betriebsräte könnten die Rolle des FDGB in den Betrieben schmälern. Walter Ulbricht trat für die Schaffung von Arbeiterkomitees ein, die eng mit der Betriebsparteioorganisation der SED verbunden sein sollten: „Es wird hier also vorgeschlagen, in jedem sozialistischen Betrieb ein Organ zu schaffen – wie man es nennt, lassen wir vorläufig offen – ein Organ, das fest auf dem Boden der Arbeiter-

---

68 In einer Anmerkung zum Brief heißt es, daß ihm am 7.11.1956 in der Versammlung der Grundorganisation einstimmig zugestimmt worden sei.

69 Brief der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu den Ereignissen in Polen und Ungarn, SAPMO-BArch DY 30, J IV 2/2/285, unpag.

und Bauernmacht steht, daß man also Arbeiterkomitee oder so ähnlich nennen kann und das die hier im Vorschlag enthaltenen Aufgaben übernehmen soll. Es wird vorgeschlagen, dieses Komitee oder wie es heißt, in demokratischer Urabstimmung zu wählen, wobei der gewerkschaftliche Vertrauensmännerkörper die Kandidatenliste so aufstellen soll, daß mehr Kandidaten aufgestellt werden, als Mitglieder des Komitees gewählt werden sollen.<sup>70</sup>

Das klang noch immer nach Reformwillen. Wo wurde sonst in der DDR ein Gremium einer Urabstimmung unterworfen? Wo wurden mehr Kandidaten aufgestellt, als gewählt werden konnten? Ging es hier auch zweifellos nur um marginale „Reformen“, der Gesamtvorgang wurde immerhin einer weiteren öffentlichen Diskussion anheimgegeben. Im Jahre 1957 kam es zur Bildung von Arbeiterkomitees; ihnen sollte dann tatsächlich allerdings nur eine kurze Existenz beschert sein.<sup>71</sup>

Angesichts der ökonomischen Schwierigkeiten wurde die Einführung der 45-Stundenwoche zunächst auf einige Bereiche der Industrie und des Verkehrswesens beschränkt. Aus der auf der 28. ZK-Tagung von FDGB-Chef Herbert Warnke lauthals verkündeten „sozialistischen Rentenreform“ wurde eine bescheidene Rentenerhöhung.<sup>72</sup> Auch in der Bundesrepublik war eine Rentenreform angekündigt worden. Diese führte 1957 immerhin zur Dynamisierung der Renten, d. h. die Rentenhöhe wurde an die damals rasch steigenden Löhne gekoppelt.

Ende November/Anfang Dezember 1956 ließ Walter Ulbricht gegen den „Kreis der Gleichgesinnten“ zuschlagen. Erstes Opfer wurde Wolfgang Harich, der am 29. November verhaftet wurde. Eine Woche später folgte die Verhaftung von Walter Janka. Gustav Just wurde aus dem Zeugenstand heraus während des Prozesses gegen Wolfgang Harich verhaftet.<sup>73</sup>

In der DDR begann eine Periode der geistigen Knechtung, der Repression und neuer dogmatischer Enge. Aus eigener Erfahrung beschrieb Werner Mittenzwei die entstehende Situation Ende 1956/Anfang 1957 treffend: „Den sozialistischen Intellektuellen wurde bei ihren ersten Reformversuchen eine Niederlage zugefügt, von der sie sich auch in den Jahren nicht erholten, in denen sich Reformen als machbar erwiesen. Geprägt von diesen Erlebnissen, blieb für mich Walter Ulbricht, der auch ein kluger Politiker sein konnte, der Stalinist, der Unbeliebte unter den Funktionären

---

70 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/167, Bl. 6.

71 Über die Arbeiterkomitees siehe Jochen Czerny: Die 29. ZK-Tagung, die Arbeiterkomitees und das Dilemma der Mitbestimmung; Siegfried Prokop: Die internationale Beratung über Veränderungen in der Gewerkschaftsarbeit sozialistischer Länder in Sofia, beides in: Gewerkschaften und Betriebsräte im Kampf um Mitbestimmung und Demokratie 1919-1994. Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung, H. 23, Bonn 1994.

72 Die Durchschnittrente von 95,60 DM monatlich im Jahr 1955 erhöhte sich im Dezember 1956 auf 126,20 DM. Siehe Jahrbuch der DDR 1957, S.168.

73 Dazu ausführlicher siehe Der Prozeß gegen Walter Janka und andere. Eine Dokumentation. Auswahl und Einleitung von Birgit Hoeft, Berlin 1990.

der deutschen Arbeiterbewegung. Durch seine Politik wurden viele junge Menschen gefördert, aber auch in ihrer Entwicklung gebrochen.“<sup>74</sup>

Je enger Ulbricht die Daumenschrauben für die Geisteswissenschaftler anzog, umso großzügiger gab er sich den Naturwissenschaftlern gegenüber. Sie durften schon 1957 den Forschungsrat etablieren, immerhin ein Jahr, bevor in der Bundesrepublik ein Wissenschaftsrat konstituiert wurde. Es kam auch nicht einfach zu einem Rückgriff auf ausschließlich sowjetisch-stalinistische Muster der Gesellschaftsgestaltung. Für etwa ein Jahrfüntf orientierte sich die SED-Führung am Doppelvorbild China/Sowjetunion, was einige Spielräume eröffnete. Im Jahr 1956 schuf die DDR nach chinesischem Vorbild Betriebe mit staatlicher Beteiligung, womit sie privaten Unternehmen einerseits den Übergang zu sozialistischen Produktionsformen erleichtern und andererseits private Unternehmerinitiative für die Stärkung der Wirtschaft nutzen wollte.

---

74 Werner Mittenzwei: *Zwielicht. Auf der Suche nach dem Sinn einer vergangenen Zeit. Eine kulturkritische Autobiographie*, Leipzig 2004, S.149.

## **Kindler, Rita: Landschaftsfraß. Flächenwende in Sicht?**

Die Autorin ist in ihrer Arbeit  
als landwirtschaftliche Sachverständige fast täglich  
mit den Problemen des überdimensionalen Verbrauchs  
offener Landschaften konfrontiert.

Sie fragt nach den Ursachen dieses sozialen,  
ökonomischen und ökologischen Dilemmas.

Die Antwort findet sie in den Interessen und Zwängen  
des marktwirtschaftlichen Systems.

3-929390-79-5 / EUR 16,50 / edition bodoni